

Der Steinarbeiter

ORGAN des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von
zwei Nummern ab 60 Pfg.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, 1.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg.,
von Privaten 20 Pfg. für die gepaltene Zeitspaltel oder deren Raum
berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten
der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete
Bezahlung angenommen.

Nr. 29. Sonnabend, den 22. Juli 1905. 9. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Berlin II. Die Marmorarbeiter stehen in Tarifverhandlungen.

Schmallalden. Die Kollegen stehen in einer Lohnbewegung.

Blaubeuren. Der ausgebrochene Streik in der Kunststeinfabrik ist zugunsten der Kollegen beendet.

Odenwald. Bei der Firma Süddeutsche Steinindustrie, den Betrieben Leh, Steinmauer und Zwingenberg sowie bei der Firma Rütth, Leonhardt u. Komp. ist den organisierten Verbandsmitgliedern gekündigt worden. Es ist darum bis auf weiteres der Zugang nach dem Odenwald fernzuhalten.

Vichtenberg i. Odenwald. Firma Metz in Großbieberau gesperrt.

Konstanz. Der Streik wurde abgebrochen. (Siehe Bericht.)

Stuttgart II. In der Marmorwarenfabrik Keller stehen unsere Kollegen in einer Lohnbewegung.

München. Die Aussperrung dauert fort.

Wandernbach (Bergstraße). Zugang nach hier fernhalten.

Friedberg i. Hessen. Die Plätze Boll und Dam sind gesperrt.

Dresden. Für die Marmorarbeiter ist Zugang fernzuhalten.

Bauzen. Zugang nach Stiebitz bei Bauzen, Bruch Zachmann, ist fernzuhalten.

Treuen i. Vogtland. Für die Granitarbeiter ist Zugang fernzuhalten.

Mittelnberg. Ueber den Werkplatz Zeller ist die Sperre verhängt.

Kappelrodt und Umgebung. Zugang nach hier ist streng fernzuhalten.

Elberfeld. Die Firma Brecker ist gesperrt.

Gotha. Die Sandsteinmengen haben Zugang fernzuhalten.

Wien. Der Streik ist zu Gunsten der Gehilfen beendet.

Der Münchner Kampf.

Sartnäckig wird in München der Kampf bereits seit 15 Wochen geführt. Die Münchner Steinmetze erlegen ein prozesshaftes Auftreten an den Tag, wie an keinem andern Orte Deutschlands. Diese Herren glaubten allerdings, unsere Kollegen werden blindlings zu Kreuze kriechen. Wie Sigura zeigt, war diese Kalkulation falsch.

Und wie entstand nun der Kampf? Die Kollegen glaubten auch in München — wie dies in andern Orten schon der Fall ist — daß ein Minimallohn festgesetzt werden könnte, sowie daß ein Tarif zum Abschluß käme. Die Scharmacher im Münchner Bau- und Steinmetzgewerbe wollten davon nichts wissen, sie wollten Herr im Hause sein. Ueber die Frage des Minimallohns in unserm Verufe ist wirklich nicht mehr viel zu sagen. Gerade der Steinarbeiterverband hat in beinahe mehr wie 100 Jahren die den Minimalstundenlohn bereits eingeführt. Gegen diese Entlohnungsmethode ist wirklich kein vernünftiger Grund anzuführen.

Der Kampf in München entstand, weil von etwa 350 Steinmetzen vor 15 Wochen 40 in den Streit traten. Nun erklärte kürzlich auf dem Gewerbegericht der Sekretär des Arbeitgeberverbandes für das Münchner Baugewerbe, Herr Kellermeier, daß die Steinmetzen zunächst das Baugewerbe leinruht hätten. Er vergaß hinzuzufügen, daß dann die Herren Bauarbeitgeber ca. 1000 Bauarbeiter aussperrten. Jetzt geben diese Herren vor, die unschuldigen Kämmer zu sein, die noch niemals ein Wässerchen zu trüben vermochten. Allerdings muß ergänzend bemerkt werden, daß die Argumentation dieser terroristischen Unternehmer, außer offizien liberalen Reklamieren in und außerhalb Bayerns, niemand glaubt.

Am letzten Montag nun fand am Münchner Gewerbegericht auf Anregung des Gewerbeberichters Dr. Brenner eine Einigungsverhandlung statt, und in dieser Sitzung erklärten einige Herren, die Maurer, die Zimmerer, die Bauspengler usw. seien nicht ausgesperrt, und als diesen Herren die bekannten scharfmacherischen Rundschreiben, die sie an ihre Kollegen in München verstanden, gezeigt wurden, worin sie verlangten, die Aussperrung ganzer Kategorien von Bauarbeitern zu veranlassen, da fand sich unter den Unternehmern eine wirkliche offene Seele, welche folgendes erklärte: „Gewiß handelt es sich in München um eine vorbereitete Aussperrung, es ist dies die Wahrheit, welche gesagt werden muß. Kommt aber eine Einigung mit den Arbeitern nicht zustande, dann wird eben noch weiter ausgesperrt.“ Der joviale Mann, der die Wahrheit so unerblickt sagte, war Herr Malermeister Stolz. Die unter anderen anwesenden Herren Zwissler (Steinmetzmeister), Kellermeier, Reberdy, waren über diesen Herzenserguß nicht sonderlich berührt, denn es muß diesen Herren eigentlich zumute gewesen sein, weil sie etliche Minuten zuvor die Aussperrung noch direkt ableugneten. Herr Malermeister Stolz hat nun ungewollterweise die Karten aufgedeckt. Wir wissen nicht, welches Strafgericht ihn wegen dieses Tat ereilen wird. Die Münchner Bauprognen legten nun ihren Arbeitern den bekannten Rebers vor, in welchem ausgesprochen wird, daß die den Arbeiterorganisationen angehörigen Arbeiter entlassen werden. Wer aus den Verbänden austritt, wird weiter beschäftigt. Auch diesen Rebers wagten die Unternehmer zu verteidigen, indem sie sich bemühten, darzustellen, dieser Rebers sei nicht so schlimm, ja Herr Baurat Reberdy sagte, dieses Zirkular sei lediglich eine statitische Maßnahme der Unternehmer gewesen, um festzustellen, wer von den Arbeitern organisiert war. Große Heiterkeit selbst bei den Unternehmern erscholl bei dieser äußerst klumpen Rechtfertigung des Bauarbeiterverbandes. Die Unternehmer haben wirklich Pech mit ihrer Argumentation und ein falscher Zungenschlag folgt dem andern. Aber es muß hervorgehoben werden, daß sie andererseits auf dem Gebiete der taktischen Vorgehens mehr Fähigkeit aufweisen, als beim Unterhandeln vor dem Gewerbegericht. In München haben diese Herren einen neuen Trick, soweit der Arbeitgeberverband in Frage kommt, erfunden, indem sie sagen, wir schließen mit den Maurern, Zimmerern, Bauhilfsarbeitern und Steinmetzen momentan nur insgemein die Verträge ab. Ohne nähere Betrachtung hat es den Anschein, als hätte diese Zusammenkoppelung etwas gutes für sich; dem ist aber nicht so. Die in Frage kommenden Verbände würden bedeutend besser abschneiden, wenn diese Zusammenkoppelung nicht erfolgt wäre. Wie nun gegenwärtig die Situation liegt, da schon öfters vor dem Gewerbegericht Verhandlungen gepflogen wurden, besteht die Möglichkeit, daß für den einzelnen Beruf beim Tarifabschluß bedeutend mehr herausgeholt werden könnte, als wenn gemeinsam unterhandelt wird. Andererseits kommt hinzu, daß einzelne Organisationen gegenseitig beinahe einen Druck ausüben müssen, die gestellten Forderungen etwas zu mäßigen, damit die Vertragsabschließung nicht in Gefahr kommt. Die Unternehmer sagen nämlich, wenn für diese vier Berufe in den prinzipiellsten Forderungen eine Einigung nicht erzielt wird, so sind die Verhandlungen überhaupt als gescheitert zu betrachten. Sind zum Beispiel die Maurer mit dem, was auf dem Wege des Handelns erreicht wird, nicht zufrieden, währenddem die Zimmerer, die Steinmetzen und Bauhilfsarbeiter glauben, nach Lage der Konjunktur sei nicht mehr zu erreichen, so kann mit Bestimmtheit behauptet werden, die Unternehmer lehnen ein weiteres Verhandeln ab, weil die Maurer die ihnen gestellten Forderungen nicht reduzieren wollen. Diese Taktik hat für die Unternehmer wesentliche Vorteile und wir haben die Befürchtung, daß dieses Vorgehen in Deutschland Schule machen wird. Ja man geht in München noch weiter, der Wirtmarr soll noch vergrößert werden, indem die Bauspengler, Installateure, Bauschreiner, Betonarbeiter usw. ebenfalls bei der Vertragsabschließung mit inbegriffen sein sollen, und wenn dieses jetzt noch nicht geschah, so deshalb, weil die Herren Unternehmer mit der Aufstellung ihrer Tarife noch nicht fertig geworden sind. Was für eine heillose Verwirrung das geben wird, kann ohne weiteres festgestellt werden. Ob sich die organisierten Arbeiter ein solches Vorgehen auf die Dauer gefallen lassen, steht allerdings auf einem anderen Blatte. Für die Steinarbeiter in München hat dieser neue Trick der Bau-

prognen seine ungünstigen Schatten schon vorausgeworfen, indem der Kampf aus diesem Grunde nun schon fünfzehn Wochen dauert. Wir wollen auf die gemachten Zugeständnisse der Unternehmer nicht eingehen, denn als solche sind bisher dieselben nicht zu bezeichnen. Die Münchner Steinmetzmeister dachten nun, die Steinmetzen sind nicht gewillt, den aufotrohierten Kampf aufzunehmen und vielleicht ist auch der Steinarbeiterverband nicht in der Lage, finanziell diesen Kampf führen zu können.

Allerdings mühten sich diese Herren gewaltig täuschen, denn unsere Kollegen führten den aufgezwungenen Kampf mit einer bewunderungswürdigen Disziplin und Ausdauer. Interessant ist es ferner, daß die Steinmetzmeister vom Durchschnittslohn mit elf Lohnklassen nicht abgehen wollen. Es soll in unserem Verufe ein Durchschnittslohn von 55 Pfg. gewährt werden und im Minimum 50 Pfg. betragen. Wie demoralisierend ein solches System auf die beteiligten Arbeiter selbst wirken müßte, braucht nur angedeutet zu werden. Das eine steht fest, die Münchner Arbeitgeber haben durch ihr Vorgehen der Arbeiterchaft die Augen geöffnet, diese Herren wollen nur als unumschränkte Herrscher diktieren, aber so weit ist nun die Arbeiterchaft noch nicht, daß sie nach der Pfeife dieser Leute zu tanzen hat. Wer Wind sät, wird gewöhnlich Sturm ernten!

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1904.

Die erste Million Mitglieder in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden überschritten. Das ist das Ergebnis der Jahresübersicht über die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland für das Jahr 1904. Daß dieses Resultat zu erwarten war, sprachen wir schon in dem Bericht für 1903 aus, doch stand damals nicht fest, ob unsere Vermutung, daß das rigorose Vorgehen der Unternehmerorganisationen gegen die Gewerkschaften diese stärken werde, sich bestätigen würde, oder ob es nicht doch schließlich einen ungünstigen Einfluß auf den Mitgliederstand der Gewerkschaften ausüben könne. Die erste Vermutung hat sich als das Richtige treffend erwiesen. Die Zentralverbände haben im letzten Jahre die höchste Mitgliederzunahme seit 1894 zu verzeichnen. Der Zuwachs an Mitgliedern betrug 164 410, das sind rund 10 000 mehr Zunahme als im Jahre 1903. Wir glauben, dem Unternehmertum Dank schuldig zu sein für die tätige Beihilfe, die es durch den wiederholten Versuch, einzelne Gewerkschaften zu sprengen, für diesen Fortschritt geleistet hat.

Im zweiten Quartal des Vorjahres zählten die Gewerkschaften 1 044 713, im dritten Quartal 1 099 835, im vierten Quartal 1 116 723 und im Jahresdurchschnitt 1 052 108 Mitglieder. Am Jahreschluß 1904 hatte ein dritter Verband das erste Hunderttausend Mitglieder überschritten, und im Anfang des Jahres 1905 ist ein vierter Verband zu einer Mitgliederzahl von mehr als 100 000 gekommen, während ein Verband das zweite Hunderttausend Mitglieder erreicht hat. Im Anfang 1905 resp. am Schluß 1904 hatten Mitglieder: Metallarbeiterverband 205 507, Bergarbeiterverband 140 000, Maurerverband 130 129, Holzarbeiterverband 105 386, das sind zusammen in diesen vier Verbänden 581 022 Mitglieder, das sind 303 363 mehr als die gesamten Zentralverbände im Jahre 1891 hatten und rund so viel, als noch 1899 in allen Verbänden vereinigt waren. Die Mitgliederzunahme in den Verbänden in den einzelnen Jahren zeigt die folgende Aufstellung:

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre	
		Absolut	in Prozent
1894	246 494	22 964	10,2
1895	259 175	12 681	5,2
1896	329 230	70 055	27,0
1897	412 359	83 129	25,2
1898	493 742	81 383	19,7
1899	580 473	86 731	17,5
1900	680 427	99 954	17,2
1901	677 510	—	—
1902	733 206	55 696	8,2
1903	887 698	154 492	21,0
1904	1 052 108	164 410	18,5

Die Zunahme von Mitgliedern ist hier für die Jahresdurchschnittszahl der Mitglieder angegeben, während vom

Schluß des Jahres 1903 bis zu dem des Jahres 1904 sich ein Mitgliederzuwachs von 175 454 ergibt. Die Vermehrung der Mitgliederzahl in den einzelnen Verbänden ist sehr ungleich. Sie betrug, für den Jahresdurchschnitt berechnet, bei:

Maurer 27 965, Holzarbeiter 17 373, Metallarbeiter 16 086, Bergarbeiter 15 237, Fabrikarbeiter 12 126, Bauhilfsarbeiter 10 610, Handels- und Transportarbeiter 9 525, Zimmerer 8 626, Maler 3 822, Bäcker 3 503, Schmiede 3 283, Gemeinbediensteter 3 189, Buchdrucker 3 006, Buchbinder 2 952, Brauereiarbeiter 2 719, Gärtner 2 481, Schneider 2 231, Tabakarbeiter 1 916, Stuckateure 1 729, Lithographen und Stein drucker 1 474, Stein arbeiter 1 388, Müller 1 364, Buchdruckereihilfsarbeiter 1 234, Maschinisten und Feizer 1 163, Steinseher 1 068, Lederarbeiter 762, Töpfer 753, Konditoren 726, Handlungsgeschillen 682, Bildhauer 627, Sattler 624, Gutmacher 508, Barbier 410, Fleischer 407, Tapezierer 392, Schiffszimmerer 371, Gastwirtsgehilfen 367, Glasarbeiter 367, Glaser 311, Dachdecker 300, Seelente 245, Böttcher 244, Graveure und Eisenlehre 217, Wäschearbeiter 208, Lagerhalter 204, Safenarbeiter 175, Zigarrenfortierer 174, Bureauangestellte 159, Kupferstmiede 147, Bergolder 143, Formstecher 113, Werftarbeiter 102, Kürschner 101, Portefeuille 71, Blumen- und Federarbeiter 49, Buchdrucker (Elsaß) 49, Zivilmusiker 44.

Bei fünf Verbänden (Handschuhmacher, Notenstecher, Porzellanarbeiter, Schuhmacher, Textilarbeiter) ist ein Mitgliederverlust von insgesamt 1503 zu verzeichnen, doch zeigen vier dieser Verbände am Schluß wieder eine Aufwärtsbewegung, so daß der Verlust nicht bedeutend ins Gewicht fällt. Bei den Porzellanarbeitern und Textilarbeitern trat der Mitgliederrückgang infolge verloren gegangener Streiks, bei den Schuhmachern infolge Erhöhung der Beiträge, die eine Streichung aller säumigen Zahler notwendig machte, ein. Es war diese erforderlich, weil der Verband die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung obligatorisch einführt und deswegen darauf geachtet werden mußte, daß alle Mitglieder ihre Verpflichtungen voll erfüllen.

Dieses strengere Vorgehen ist von allen Gewerkschaften, die ihre Einrichtungen verbesserten, geübt worden und hat, wenn sich auch anfänglich ein Mitgliederverlust zeigte, in weiterer Folge sich als sehr vorteilhaft erwiesen.

Nachdem die Frage in den Verbänden, ob Unterstützungseinrichtungen den Organisationszwecken dienlich sind, zumeist der Unterstützung entschieden war und infolgedessen eine entsprechende Erhöhung der Beiträge notwendig wurde, ist in den betreffenden Organisationen strenger als vorher darauf gesehen, daß alle Mitglieder ihre Pflichten erfüllen, um ihrer Rechte nicht verlustig zu gehen. Diese Praxis hat wesentlich dazu beigetragen, die Finanzkraft der Organisationen zu erhöhen und dazu geführt, daß in den Gewerkschaften heute mit Beträgen gerechnet wird, deren pfennigweiser Aufbringung man vor einem Jahrzehnt für völlig unmöglich gehalten hätte. Welche Steigerung in den Einnahmen und Ausgaben sowie den Kassenbeständen der Gewerkschaften seit 1891 zu verzeichnen ist, zeigen wir im folgenden.

Im Jahre 1891 hatten 49 Zentralverbände 1 116 588 Mark Einnahmen und 47 Verbände 1 606 534 Mk. Ausgaben, der Kassenbestand betrug 425 845 Mk. Im Jahre 1904 hatten 63 Zentralverbände eine Einnahme von 20 190 630 Mk., eine Ausgabe von 17 738 756 Mk. und einen Kassenbestand von 16 109 903 Mk. Von 1891 bis einschließlich 1904 vereinnahmten die Zentralverbände insgesamt 98 898 458 Mk. und verausgabten 86 173 379 Mk. Daß nach Abzug dieser Ausgabe von der Einnahme nicht der Kassenbestand verbleibt, der in der Tabelle angegeben ist, kommt daher, daß einzelne Organisationen in den ersten Jahren seit Aufnahme der Statistik aus taktischen Gründen teils ihre Einnahme, teils ihren Kassenbestand nicht glaubten angeben zu können, ferner aber auch daher, daß die Einnahmen und Ausgaben der Zweigvereine für lokale Zwecke in den Aufstellungen erst in den letzten Jahren in umfangreicherer Weise, aber auch heute noch nicht vollständig enthalten sind. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, neben der Jahresdurchschnittszahl der Mitglieder auch die für die einzelnen Quartale festzustellen, damit alle, die eine Nachprüfung der Ziffern für notwendig halten und bisher glaubten, Differenzen zwischen den Angaben der Generalkommission und denen in den Abrechnungen der einzelnen Verbände zu finden, sich von der Richtigkeit der gegebenen Zahlen überzeugen können. Aber auch für die Mitglieder der Verbände wird ein näheres Studium dieser Tabelle, die zum erstenmal vollständig gegeben werden kann, interessant sein, weil sie zeigt, daß nicht in allen Verbänden eine gleichmäßige Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl vorhanden ist, sondern in einzelnen Quartalen sich ein Rückgang einstellt. Besonders bei den Organisationen des Baugewerbes zeigt sich diese Erscheinung, deren Ursache so natürlich ist, daß sie einer besonderen Erklärung nicht bedarf. Dieser wechselnde Mitgliederbestand macht es notwendig, für alle weiteren Berechnungen nicht die Jahreschlussziffer, sondern die Jahresdurchschnittsziffer zu nehmen. Die letztere zugrunde gelegt, stehen die Verbände nach der Höhe ihres Mitgliederbestands in folgender Reihe:

Metallarbeiter 176 221, Maurer 128 850, Holzarbeiter 97 105, Bergarbeiter 75 364, Textilarbeiter 53 568, Fabrikarbeiter 49 181, Buchdrucker 38 976, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 36 325, Zimmerer 35 891, Bauhilfsarbeiter 33 245, Schuhmacher 25 262, Schneider 23 242, Maler 22 859, Tabakarbeiter 19 456, Brauereiarbeiter 18 485, Buchbinder 15 206, Safenarbeiter 14 054, Schmiede 12 185, Gemeinbediensteter 12 156, Lithographen und Stein drucker 10 658, Töpfer 10 241, Stein arbeiter 10 012, Bäcker 9 068, Maschinisten und Feizer 8 090, Porzellanarbeiter 8 054, Böttcher 6 200, Steinseher 5 933, Glasarbeiter 5 881, Stuckateure 5 575, Lederarbeiter 5 473, Tapezierer 5 377, Bildhauer 4 590, Gutmacher 4 269, Sattler 4 259, Buchdruckereihilfsarbeiter 4 082, Werftarbeiter 3 730, Glaser 3 666, Dachdecker 3 573, Müller 3 456, Handlungsgeschillen 3 398, Kupferstmiede 3 311, Seelente 3 189, Gärtner 3 144, Handschuhmacher 2 978, Gastwirtsgehilfen 2 938, Portefeuille 2 502, Schiffszimmerer 2 495, Fleischer 2 425, Graveure 2 265, Konditoren 2 019, Kürschner 1 935, Bergolder 1 710, Zigarrenfortierer 1 471, Lagerhalter 1 267, Wädearbeiter 875, Barbier 868, Buchdrucker (Elsaß) 854, Zivilmusiker 726, Bureauangestellte 536, Formstecher 434, Blumen- und Federarbeiter 353, Asphaltateure 331, Notenstecher 326.

Für die sonstigen Organisationsgruppen, die gewerkschaftlichen Charakter haben, wenngleich sie im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Zentralverbänden stehen, wie lokale Vereine, Kirch- und andere Gewerkschaften, Christliche Ge-

werkschaften und für die an keine dieser Organisationsgruppen angehörenden Vereine vermögen wir gleichfalls einige Angaben zu machen, die allerdings der Vollständigkeit entbehren. Für die lokalen Vereine sind wir nach wie vor auf die schätzungsweise Angaben der Vorstände der Zentralverbände angewiesen, weil die Geschäftskommission, die dieser Gewerkschaftsgruppe vorsteht, den wenn auch nicht schwierigen, für das Ansehen dieser Vereine aber sicher wenig vorteilhaften Versuch noch nicht gemacht hat, Angaben über Mitgliederzahl, Einnahmen und Ausgaben der ihr angehörenden Organisationen zusammenzustellen und zu veröffentlichen. Die Vorstände der Verbände schätzen die Mitgliederzahl in den lokalen Vereinen im Jahre 1904 auf 20 686, das wäre gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 3109.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Einige Kassierer stellen in den Quartalsabrechnungen in die Rubrik: Zahl der gezahlten Beiträge den Geldbetrag und nicht die Zahl der gezahlten Beitragsmarken. Wir bitten das für später richtig zu machen.

Den Vertrauensleuten der Zahlstellen diene zur Kenntnis, daß von den in Nr. 11 des Steinarbeiters veröffentlichten restierenden Abonnementsgeldern bis jetzt nur einige beglichen wurden.

Um uns eine nochmalige Veröffentlichung zu sparen, fordern wir die Zahlstellenvorstände auf, die baldigste Regelung dieser Reste bewirken zu wollen. Es machte einen schlechten Eindruck, wenn nun nach Einführung des Obligatoriums immer wieder die Restantenzettel veröffentlicht werden müßte, und ferner muß doch nun unter allen Umständen ein Abschluß der Steinarbeiterkonten ermöglicht werden.

Bei Durchsicht der Quartalsabrechnungen finden wir, daß die Zahl der Mitglieder mit den gelieferten Steinarbeiten in vielen Fällen in keiner Weise übereinstimmt. Wir werden an Hand der Abrechnungen eine genaue Zusammenstellung machen und danach unsern Verband einrichten und eruchen die Vertrauensleute, in Zukunft auch über die Mitgliederbewegung genaue Kontrolle zu üben. Es erhält nur jedes Verbandsmitglied den Steinarbeiter gratis. Agitationsexemplare müssen extra bestellt werden.

Korrespondenzen.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Bayreuth. Am Sonntag, den 9. Juli, fand hier eine Versammlung statt. Als 1. Punkt der Tagesordnung wurde die Quartalsabrechnung bekannt gegeben. Die Revisoren erklärten, eine bindende Erklärung bezüglich des Befundes der Kasse nicht abgeben zu können, da sie erst kurz vor der Versammlung die Revision vornahmen und infolgedessen keine Zeit mehr hatten, sich über einen in der Abrechnung enthaltenen Fehler Aufklärung zu verschaffen. Zum 2. Punkt: Statistik, gab der Statistiker bekannt, daß die Beteiligung an derselben im abgelaufenen Jahre eine bessere war (31 von 32 Mitgliedern). Der jährliche Durchschnittsdienst betrug 983,93 Mark, das Durchschnittsalter 38 Jahre. Krank waren 1—3 Wochen 3 Mann, bis 13 Wochen 1 Mann und bis 26 Wochen 1 Mann. Ledig sind 5, Beheratet 26 Kollegen, welche 69 Kinder zu verzeichnen haben. Sämtliche Kollegen sind Mitglieder einer Krankenzuschkasse. Hierauf erstattete Kollege Schmidt den Bericht über die Tätigkeit des Kartells. Dasselbe hatte sich in letzter Zeit hauptsächlich mit Streiks und Lohnbewegungen zu beschäftigen. Hier entspann sich eine längere Debatte über die Herausgabe von Sammellisten beim Streik durch das Kartell. Allgemein war man der Ansicht, daß hier eine Aenderung eintreten müsse. Anschließend hieran führte Kollege Schmidt durch einen längeren Vortrag den Anwesenden die allgemeine Lage der Gewerkschaften vor Augen. Dabei führte er auch aus, daß wir in gewissem Sinne dem prognostischen Unternehmertum zu Dank verpflichtet seien, da dasselbe durch seine probatorischen Massenausparungen die beste Agitation für die Organisationen der freien Gewerkschaften leistet. Bezüglich des Unternehmertums in den einzelnen Verbänden führte er aus, daß es seines Frachters (und darin werden ihm viele recht geben müssen) besser wäre, wenn die Verbände ihr Hauptaugenmerk darauf richten würden, möglichst hohe Streikfonds anzusammeln, um den Anschlägen des Unternehmertums jederzeit wirksam entgegenzutreten zu können. Die Unterstützung in Not und Krankheitsfällen sollte man mehr auf staatlichem Wege zu erreichen suchen. Zum Schluß kam er noch auf die christlichen Verbände zu sprechen, welche er als Hemmschuh der freien Arbeiterbewegung bezeichnete. Ein Antrag, die nächste Gaukonferenz möge schon am Sonnabend einberufen werden, wurde auf die nächste Tagesordnung zurückgestellt. Hierauf wurde unter Hinweis auf die am folgenden Tage stattfindenden Landtagswahlen die Versammlung geschlossen.

Breslau. Am 9. Juli fand im Gewerkschaftshause eine Versammlung der Steinarbeiter statt. Nachdem die Vierteljahrsabrechnung verlesen, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Ueber Punkt 2 der Tagesordnung: Bewilligung einer Summe zum Bau des Gewerkschaftshauses, wurde eingehend debattiert. Darüber waren sich alle Kollegen einig, daß wir eine der Zahl der organisierten Steinmehrer entsprechende Summe beisteuern. Es wurde beschlossen, vorläufig eine Rate von 50 Mark zu zahlen und diese Summe dadurch einzubringen, daß jedes Mitglied wöchentlich 10 Pfg. mehr zahlt, und zwar vom 15. Juli bis Ende September. Nächstes Jahr wird zeitiger damit angefangen, bis die nötige Summe erreicht ist. Unter verschiedenen wurden die Wünsche auf den heiligen Plätzen gerügt, hauptsächlich bei der Firma Zedler u. Wimmel. Obwohl der Breslauer Tarif von der Firma unterschrieben ist, die Arbeitszeit nur von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr dauern soll, so wird teilweise weit über 9 Stunden geschafft. Die Versammlung forderte den Vorstand auf, die nötigen Schritte einzuleiten und besonders den Gewerbeinspektor auf diese Gesetzesübertretung aufmerksam zu machen.

Eisenach. Am 7. Juli tagte im Restaurant Urania eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Die Abrechnung wurde verlesen und von den Revisoren für richtig befunden. Dann wurde über das Gewerkschaftsfest gesprochen. Es wurde jedem Kollegen aus Herz gelegt, sich am Festzuge zu beteiligen. Dann wurde beschlossen, als Gaubeitrag pro Mitglied 15 Pfg. pro Quartal zu bezahlen. Im Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhaft Debatten, welche durch oppositionelle Zwischenrufe, die oft recht unangebracht waren, persönlich wurde. Wir möchten den Kollegen sagen, die Opposition nicht in dem Maße zu treiben, sondern zusammenzuhalten, recht lebhaft mitzuarbeiten und ihre Pflicht und Schuldigkeit der guten Sache gegenüber zu tun, wie es die langjährigen organisierten Kollegen unserer Zahlstelle bis dato getan haben, dann wird und muß die Zukunft unser sein.

Erfurt. Zu der Versammlung, die am 12. Juli stattfand, waren die Kollegen zahlreich erschienen. Die drei Punkte der Tagesordnung fanden ihre baldige Erledigung. Aufgenommen wurden 6 Kollegen, welche teils schon organisiert, teils selbständig

gewesen waren. Darauf wurde vom Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen. Es ging daraus hervor, daß in diesem Quartal eine beträchtliche Mehrausgabe zu verzeichnen ist. Und zwar brachte dies der wöchentliche Streit mit sich. Die Revisoren erklärten die Abrechnung für richtig, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Im Verschiedenen kam das Amt des Gauleiters zur Sprache. Kollege Wegner, welcher dies bisher verwaltete, führte seine Hauptgründe an, warum er amtsmüde sei. Dies wurde ihm auch von der Versammlung zugegeben. Darauf wurde Kollege Bühler vorgeschlagen, er erklärte aber sofort, daß er diesem Amte nicht gewachsen sei und lehnte es auch strikte ab. Selbiges soll nun dem Zentralvorstand überlassen bleiben. Ferner gingen noch zwei Anträge ein, wovon ersterer auf eine Extrasteuer von 50 Pfg. pro Mann lautete, welche zwei Wochen erhoben werden soll; der zweite wünscht, daß in Kürze ein Sommervergnügen arrangiert wird. Beide Anträge wurden mit Majorität angenommen. Die Extrasteuer sowie der Uebereschuß vom Vergnügen sollen zur Stärkung der örtlichen Kasse zufließen, womit sich auch die Versammlung einverstanden erklärte. Dann verlas der Kassierer noch die Restanten vom 2. Quartal, worüber sich noch eine Debatte von kurzer Dauer entspann. Darauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Gulberstadt. Am 10. Juli fand eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Zunächst beschloß man sich wieder einmal mit der Neuwahl eines Vorsitzenden. Derselbe ist erst am 6. März gewählt und ist seines Postens wieder überdrüssig. Die Hauptrolle spielt natürlich wie immer persönlicher Meid. Wenn es nicht so geht, wie es die Herren wünschen, da geben sie ihr Amt sofort ab. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Schmidt gewählt. Nachdem wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal und der Restante verlesen. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Nicht einig konnten wir uns in folgenden Punkten werden: Erst voriges Jahr wurde ein Kontrakt mit den Meistern abgeschlossen, der lautet: Einheitlicher Lohn 50 Pfg. pro Stunde. Derselbe war kündbar bis zum 8. Mai und wäre demnach am 8. August abgelaufen. Da er aber nicht gekündigt wurde, hätte derselbe Gültigkeit bis zum 8. August 1906. Die Firma Dreier äußerte sich, im Lohn keinen Bau wieder ausführen zu können, worauf die dort beschäftigten Kollegen mit der Firma einen sogenannten wilden Akord, wie er früher schon bestanden hat, eigenmächtig abgeschlossen haben, weil die Kollegen der Meinung sind, bei der andern Firma nicht wieder eingestellt zu werden. Wie stellt sich die Zentralleitung dazu? Ferner wurden Haasper und Geisler als Statistiker gewählt, weil die Zahlstelle zu groß ist. Wegen Ueberlastung des Kassierers mußte ebenfalls noch ein Kollege zur Auszahlung der Reiseunterstützung gewählt werden. Die Reiseunterstützung zahlt aus: Wilhelm Brandt, Wadenstraße 60, I, von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.

Hamburg. Versammlung der Steinarbeiter, Sektion I, vom 5. Juli. Die Abrechnung ergibt eine Einnahme von 1251.78 Mark, Ausgabe 1218.70 Mark, bleibt Bestand 33.08 Mark. Dann wird, weil die Jahresstatistik vorgenommen werden muß, Kollege Seburger als Statistiker gewählt. Die Kollegen werden nochmals darauf hingewiesen, ihre Statistiken gut ausgefüllt sofort abzugeben. Der Kassierer verliest eine Liste über die gezahlten Beträge der einzelnen Mitglieder zum Marmorarbeiterstreit. Nach dieser sind noch viele erheblich im Rückstande, darunter ältere Kollegen, wie Jakob Schmidt, A. Schug, E. Reuß, die hier schon das Amt eines Vorsitzenden innegehabt haben. Diese geben damit den andern, die auch nicht gerne zahlen, ein schönes Vorbild! Als unheimlich wird es vielfach empfunden, daß die Betreffenden bei jeder Gelegenheit, wenn ihnen Vorkaltungen über ihr pflichtwidriges Verhalten gemacht werden, mit ihrer Parteitätigkeit renommieren. Ein schlechter Gewerkschaftler kann doch kein guter Parteigenosse sein! Reuß erklärt, überhaupt nichts zu bezahlen, die andern beiden Senioren haben es vorgezogen, gar nicht zu erscheinen. Darauf beschließt die Versammlung: Die Restanten vom Marmorarbeiterstreit haben ihre Rückstände innerhalb vier Wochen zu bezahlen. Ueber diejenigen, die nach dieser Zeit noch Reste haben, wird eine dann einzuberufende Versammlung weitere Beschlüsse fassen. Recht unangehalten ist die Versammlung über unsere hiesigen Innungsmeister. Die Herren haben unsern vereinbarten Tarif, nachdem sie uns ein Vierteljahr haben warten lassen, in Druck gegeben, ohne denselben vorher von unserm Lohnkommission einsehen und unterschreiben zu lassen.

Hartershofen. Die am 17. Juli hier tagende Versammlung erfreute sich eines regen Besuches. Unter Punkt 1 verlas der Vorsitzende Schiffer die Quartalsabrechnung. Dem Vorsitzenden wurde von den Kollegen für die fast dreijährige tadellose Führung der Zahlstelle die größte Anerkennung ausgesprochen; auch wurde demselben, sowie dem Kassierer, eine kleine Gratifikation gewährt. Bei der unter Punkt 2 stattgefundenen Neuwahl der Vorstandschaft wurde Kollege Weber als 1. Vorsitzender, Kollege Lehmann als Kassierer, Kollege Feuer als Schriftführer gewählt. Nachdem unter Punkt 3 verschiedene interne Angelegenheiten erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die schon verlaufene Versammlung.

Konstanz. Am 6. Juli tagte eine Versammlung der hier streikenden Steinbauern, zu welcher Zentralvorstand Starke erschienen war und den Kollegen klarlegte, wie notwendig es heutzutage ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren und auch der Sache dann treu zu bleiben. Indem er noch in großen Zügen die Errungenschaften streifte, welche den Steinbauern durch die Organisation zugute kommen, schloß er seine mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Sonnabend, den 8. Juli, wurde beschlossen, unsern Streit für beendet zu erklären, indem keine Aussicht war, die Meister zu Unterhandlungen zu bewegen, trotzdem der Bürgermeister Häußli alle Versuche unternahm, eine Verständigung zwischen den Unternehmern und den streikenden Steinbauern herbeizuführen. Alles vergebens! Nun, aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Es liegt jetzt nur an den hiesigen Kollegen selbst, ob sie ihre Organisation hochhalten oder verkümmern lassen wollen. Daß die hiesigen Unternehmer Respekt vor den Kollegen bekommen haben, kann nicht bestritten werden. Die Einfuhr fertiger Steinbauernarbeit aus dem Württembergischen und andern Bezirken zwingt uns, den Streit abzubrechen, es ist das ein Hinweis, wo von uns noch erfolgreich eingegriffen werden muß. Der Steinbauer Kächer aus Müttigenheim (Württemberg), welcher als Arbeitswilliger sich den Unternehmern zur Verfügung stellte, denunzierte einen kämpfenden Kollegen wegen Belästigung, so daß auch das gerichtliche Nachspiel nicht fehlt.

Meißen. Freitag, den 7. Juli, fand im Restaurant zur Weintraube eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde der Kassenbericht erstattet, der von den Revisoren für richtig befunden war. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierauf wurde Kollege Steininger als Kassierer gewählt, da der bisherige Kassierer persönliche Verhältnisse halber das Amt niederlegte. Eine lebhaft Debatten wurde über die Auszahlung der 42 Mark geführt, die der Vertrauensmann an 7 bei der Arbeitsniederlegung am Dombau beteiligte Kollegen gezahlt hat mit der Motivierung, daß, wenn diejenigen, die abgereicht sind, Unterstützung erhalten, auch den andern solche gewährt werden müsse. Es kam zu erregter Aussprache, in der das Verhalten der beteiligten Kollegen, des Zentralvorstandes und des Vertrauensmanns scharf kritisiert wurde. Auf Antrag wurde der Vorsitzende beauftragt, mit der Zentralleitung betreffs dieses Punktes in Verbindung zu treten und wurde die Sache bis zur nächsten Versammlung vertagt. Hierauf wurden noch verschiedene Kartellfragen erledigt.

Meißen. Sonntag, den 9. Juli, fand in Zehren eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Steininger sprach über die Entstehung der heutigen Gewerkschaften und forderte auf, jezt

zum Verbanne zu halten und sich durch keine Versprechen der Unternehmer irreführen zu lassen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die dem Redner beistimmten. Kollege Münch in Babel wurde als provisorischer Kassierer gewählt.

Mittweida. Am Sonntag, den 16. Juli, fand eine trotz der wichtigen Tagesordnung leider sehr schwach besuchte Mitgliederbesprechung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Dieselbe wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im 2. Punkt erstattete Kollege Seidel Bericht über den abgeschlossenen Vertrag mit den Arbeitgebern. Es entspann sich hierüber eine kleine Debatte, weil schon kleine Vergehen, welche in dem Vertrag nicht enthalten waren, von den Arbeitgebern gemacht worden sind. Der gemischten Vertreterkommission wurde der Auftrag erteilt, nur bei mehrfachen Vergehen an die Arbeitgeber heranzugehen. Da sich die Wahl eines Kassierers notwendig machte, wurde Kollege Joseph Schlager dazu gewählt. Auch wurden drei Kollegen in das Gewerkschaftsamt gewählt, und fiel die Wahl auf die Kollegen Fontana, Seidel und Schlager. In die gemischte Vertreterkommission wurde der Kollege Th. Dehm gewählt; als Revisor der Kollege Albin Schedlich. Kollege Jenschik erstattete den Bericht als Ortsstatistiker und besanderte, daß sich so wenig an derselben beteiligt hatten. Zur Konferenz wurden die Kollegen Herfurth und Seidel gewählt. Kollege Mich. Dehm erstattete den Bericht vom Gewerkschaftsamt. Der Vorsitzende, Genosse Julius Lehmann, hatte sich lobend über die Steinarbeiter ausgesprochen, da ihm jede Unterhandlung, welche wir mit den Arbeitgebern in der Lohnbewegung hatten, sofort mitgeteilt worden ist, was beim Streit der Maurer nicht der Fall gewesen war. Hierauf Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

München. Am Donnerstag, den 13. d. M., fand im Restaurant Müllerbad eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung statt. Die Kollegen waren bis auf den letzten Mann erschienen; das Versammlungslokal konnte die Anwesenden kaum fassen. Punkt 8 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Galt, die Versammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Die wirtschaftlichen Kämpfe im Allgemeinen. Referent: Mitglied des Zentralvorstandes Staubinger; 2. Berichterstatter über die letzten Unterhandlungen am Gewerbeamt. Berichterstatter: Gauleiter Dint; 3. Verschiedenes. Bei Eröffnung der Versammlung teilte der Vorsitzende mit, daß die Streiks der Steinmetzen in Straßburg und Wien zugunsten der Kollegen beendet seien. Referent Staubinger führte in seinem fast zweistündigen Referat ungefähr folgendes aus: Bis vor einigen Jahren war die Organisation der hiesigen Steinarbeiter noch verschwindend klein, dieselbe ist aber dank der wirtschaftlichen Depression und der unermüdlichen Tätigkeit einiger Kollegen in den letzten zwei Jahren geradezu unglaublich emporgewachsen. Es soll aber auch darauf hingewiesen werden, daß der Verband der Arbeiter an Mitgliedern eine Zunahme zu verzeichnen hat, und daß wir deshalb stets gerüstet dastehen müssen. Redner versichert, daß in München das Unternehmertum äußerst progisch sei. Die Macht der Organisationen haben diese Schanzmacher eben noch nicht zu verspüren bekommen. Referent weist dann nach, daß in Leipzig 60 Pfg., in Buzlau 60 Pfg., in Berlin und Hamburg 78 Pfg. Minimallohn gezahlt werden, trotzdem statistisch nachgewiesen ist, daß gerade in München die Lebensmittel sowie die Wohnungen meistens viel teurer sind, als in den oben angeführten Städten. Wenn sich nun dort der Minimallohn bewährt hat, warum soll dieser hier nicht durchführbar sein? Die Münchner Meister sollten sich nur auch mehr um ein richtiges Submissionswesen bekümmern, statt daß sie sich nur deshalb organisieren, um ihren Arbeitern bei jeder Gelegenheit den Krieg zu erklären. Referent betont ferner, daß wir auf einen von Zwischler vorgeschlagenen Durchschnittslohn niemals eingehen können, denn dieses würde eine große Reduzierung unserer bisherigen Löhne bedeuten. Ferner schilderte Staubinger noch das geplante Ausperrungssystem nach dem Abc, und wirft die Frage auf, ob denn der § 153 der Gewerbeordnung nur für die Arbeiter Geltung hat, denn durch die Ausübung der Materialsperrre usw. wären die Unternehmer schon längst mit dem obigen Paragraphen in Konflikt gekommen. Daß die Münchner Bauarbeiter den Arbeitern den Krieg erklären wollen, gehe schon daraus hervor, daß die Ausperrung noch weiter ausgedehnt werden soll. Wir sind jederzeit geneigt, so betonte der Redner, den Frieden zu schließen, aber die Unternehmer wollen nach Belieben diktieren; eine solche Zumutung muß zurückgewiesen werden. (Großer Beifall.) — Bei Punkt 2 erstattete der Gauleiter einen ebenso ausführlichen wie sachlichen Bericht über die letzten Unterhandlungen am Gewerbeamt, sowie über die allgemeine Lage unserer Ausperrung. Dint führt aus, daß wir auf die Angebote der Unternehmer nicht eingehen können, was durch viele Zurufe bestätigt wurde. — Da der Gauleiter die Anwesenden wiederholt aufforderte, bei der Diskussion auch ihre gegenteiligen Meinungen frei auszusprechen, so erklärten sämtliche

Diskussionsredner, absolut auf dem Minimallohn stehen zu bleiben.

Ober-Billingshausen. Am 16. Juli, nachmittags 4 Uhr, fand hier selbst im Saale des Herrn Gastwirt Secht eine Versammlung statt. Es referierte Genosse Pohl aus Göttingen über: Warum sich die Arbeiter organisieren? Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Sie bewiesen, daß nur eine tüchtige organisierte Truppe einen Kampf gegen niedrigen Lohn aufnehmen kann. Auch wurde den Kollegen ans Herz gelegt, daß, wenn eine Versammlung stattfindet, soviel wie möglich alle Organisierten erscheinen sollen. Zum Schluß wurde noch besprochen, daß in 14 Tagen eine Versammlung nach Sudershausen einberufen würde.

Oberstein. Sonntag, den 16. Juli, fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, die von den Kollegen gut besucht war und in der Kollege Ignaz Kraft das Referat übernommen hatte. Das Thema lautete: Die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation. Von den Zuständen des Mittelalters ausgehend, in dem das Interesse der Meister und Gesellen noch ein gemeinsames war, erläuterte Redner in eindrucksvoller Weise die verschiedenen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung, durch welche mit der Zeit eine unüberwindliche Schranke zwischen Kapital und Arbeit geschaffen wurde, wie der Arbeiter immer mehr und mehr als Ausbeutungsobjekt von den Unternehmern betrachtet und behandelt wird. Wie das Schicksal der Arbeiter durch drakonische Arbeitsbedingungen der Unternehmer mit Füßen getreten wird und der Arbeiter nicht mehr als Mensch, sondern nur noch als leicht ersetzbares Werkzeug betrachtet wird. In ganz ausführlicher Weise geht Redner auf die bisherige Tätigkeit und Leistungen des Steinarbeiterverbandes gegenüber den Mitgliedern ein und erläutert den Buzlauer Tarif, der von seiten der Straßburger Arbeitgeber nicht anerkannt wurde und einen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern zur Folge hatte und wie dieser nur durch die Macht der Organisation zugunsten der Arbeiter entschieden wurde. Der reiche Beifall bewies, daß Redner ganz im Sinn der Anwesenden gesprochen hatte. In der Diskussion äußerte der Kartellvorsitzende Wittmann seine Ansicht darüber, daß man sich im allgemeinen von öffentlichen Versammlungen nicht viel versprechen solle, in denselben kann der Referent die Anwesenden wohl zu momentaner Begeisterung hinreizen, aber diese sei in der Regel sehr schnell verfliegen. Man solle daher eine intensive persönliche Agitation entfalten und solle jeder Kollege stets Aufnahmescheine bei sich führen; auch wird er nochmals ersuchen, mit den Jdaren Kollegen Fühlung zu suchen und zu gegebener Zeit daselbst eine Versammlung einberufen.

Stettin. Die Organisationsverhältnisse an Orte sind einfach trostlos. Von den einheimischen Steinarbeitern, etwa 60 an Zahl, waren bisher doch wenigstens noch 10—12 organisiert. Doch auch diese mußten bis auf drei wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden, so daß nur noch die fremden Kollegen die Zahlstelle hochhalten. Ob dies auch im Winter gelingen wird, ist noch sehr fraglich. In der letzten Versammlung wurde beschlossen, daß die wegen rückständiger Beiträge gestrichenen Kollegen nur wieder aufgenommen werden, wenn sie außer den acht Wochenbeiträgen noch 5 Mark Strafe zahlen. Auch mußte ein neuer Vorstand gewählt werden. Es wurde als Vorsitzender Kollege Franz Weißbart, Vulkanstraße 38 und als Kassierer Kollege Franz Schellin, Philippstraße 7, gewählt.

Ulm. Am 9. Juli fand im Gasthaus Zum Pflug in Blaubeuren eine Steinarbeiterversammlung statt. Genosse Göhring, Kartellvorsitzender von Ulm, hielt ein Referat über: Der Kampf ums Dasein. Das mit großer Begeisterung aufgenommene Thema zeitigte in der Diskussion seine Blüten, indem die Kollegen in der dortigen Steinfabrik Ulm, vormals Schöbinger u. Nehfuß, unhaltbare Mißstände in Betreff Lohn sowie Behandlungsweise aufdeckten. Das Endresultat war, daß nach geheimer Abstimmung die sämtlichen anwesenden Kollegen sich einig waren: hier muß für Abhilfe gesorgt werden. Es wurde nun in Beratung getreten betreffs der Forderungen und beschlossen, daß am Montag eine in der Versammlung gewählte, aus fünf Kollegen bestehende Kommission beim Herrn Direktor Nehfuß vorstellig wird und denselben nachstehende Forderungen zu unterbreiten hat: 1. Abschaffung des Affords; 2. Einführung eines Minimallohn von 55 Pfg.; 3. Berechtigung zum Abhalten des Bubenrechts; 4. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Die Kollegen machten nun am Montag früh Gebrauch vom Bubenrecht, um die Kollegen, die Sonntags nicht in der Versammlung waren (nebenbei sei bemerkt, die Arbeiten waren so pressant, daß Sonntags gearbeitet werden mußte, und deshalb der Zeitpunkt zum Aufstellen von Forderungen gekommen schien), über die gefassten Beschlüsse aufzuklären. Unglücklicherweise kam der als Werkführer fungierende Herr Dufßling dazu und fuhr dazwischen mit der Bemerkung: Wem es nicht paßt, kann

gehen. Was taten die Kollegen? Sämtlich gaben sie das Geßhir ab und gingen. Nachdem das den Kollegen der Firma Schwent in Ulm zu Ohren kam, machten sie das gleiche. Hierbei muß aber angeführt werden, bei Herrn Schwent besteht eine Kündigungsfrist von 14 Tagen, und war es selbstverständlich Pflicht der Kollegen, nachdem sie 1½ Tage im Ausstand standen und der Herr Kommerzienrat Schwent von ihnen verlangte, sie sollten zuerst die Arbeit aufnehmen, dann unterhandle er, darauf aufmerksam zu machen, daß sie im Begriffe stehen, einen Kontraktbruch zu begehen, und unbedingt gezwungen seien, die Arbeit wieder aufzunehmen, ihre Kündigung einzureichen und erst wenn diese abgelassen ist, können sie in den Streit eintreten. Herr Schwent hielt auch sein Wort und einigte sich die dortigen Kollegen mit ihrem Arbeitgeber dahingehend, daß 1. ein Minimallohn von 50 Pfg. bezahlt werden soll. (In München wollen die Unternehmer davon nichts wissen.) Dieses ist insofern als ein Erfolg zu verzeichnen, weil bis dato manchmal noch unter 40 Pfg. Stundenlohn berechnet wurde und Kollegen, die schon länger im Berufe tätig sind und als sehr tüchtige Steinmetzen bekannt sind, mit einem Stundenlohn von 43 Pfg. im Afford abgepeist wurden.

2. Anerkennung des Bubenrechts und einer Lohnkommission. Auch dieses ist von großem Vorteil für uns, weil in Zukunft die sämtlichen Mißstände sofort von den Kollegen besprochen werden können und durch die Kommission dem Herrn Fabrikanten unterbreitet werden.

3. Der Afford soll freiwillig weiterbestehen. Wir konnten deshalb bei diesem Punkte nicht verlangen, daß er in Wegfall komme, weil dadurch die sämtlichen Zugeständnisse womöglich wieder verloren gewesen wären. Auch dieser Punkt wurde von uns angenommen, den Kollegen aber anheimgegeben, den so schädlichen Afford so gut wie möglich zu meiden.

Am Freitag erschien Kollege Staubinger-Leipzig und unterhandelte mit dem Direktor der Steinfabrik in Blaubeuren, wobei annähernd die gleichen Zugeständnisse vertraglich festgesetzt wurden. Der Vertrag lautet: 1. 50 Pfg. Minimalstundenlohn; 2. Affordarbeit ist freiwillig; 3. Bubenrecht und Arbeiterauschuss anerkannt; 4. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Obiger Vertrag hat Gültigkeit bis 1. Mai 1906 und es besteht eine gegenseitige Kündigung von 2 Monaten. Derselbe ist abgeschlossen mit der Zentralkommission (Unterzeichner Staubinger) und der Zahlstelle Ulm (Unterzeichner Frank). Somit ist der Streit in fünf Tagen beigelegt worden und bedeutet für die Zahlstelle Ulm einen vollständigen Sieg. Denn es muß in Betracht gezogen werden, daß wir hier mit einer zum großen Teil ungeschulten Arbeitererschaft vorgegangen sind, deshalb doppelter Sieg.

Bedauerlicherweise muß zum Schluß konstatiert werden, daß leider Elemente da waren, die sich nicht scheuten, ihren kämpfenden Arbeitsbrütern in den Rücken zu fallen. Es sind dies: 1. Adolf Demhasser von Günzburg, geb. 13. Dezbr. 1876, obendrein noch Verbandsmitglied seit 10. Juli 1903. (Zedensfalls wird dieser vom Zentralvorstand ausgeschlossen.) 2. Johannes Amann von Senden bei Neu-Ulm, geb. 6. Dezbr. 1880. 3. Michael Rommel (weiteres unbekannt). Erstgenannter führte in der Versammlung am Mittwochabend noch das große Wort und erklärte das Anerbieten für unannehmbar. Donnerstags war er der erste Streifbrecher.

Die Zahlstelle Ulm hat somit die Feuerprobe bestanden zugunsten der Kollegen, und hoffentlich ist es dem Verbanne auch kein Schaden. Denn jetzt ist Agitationsmaterial uns damit geboten, und Pflicht eines jeden Kollegen ist es, jeden zugereisten Fremden und auch die bis dato dem Verbanne noch Fernstehenden darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht schön ist, sich die Vorteile, die andre erkämpft haben, zunutze zu machen, ohne die Scherlein dem Verbanne gegenüber beizutragen. Kollegen, in diesen Tagen muß es jedem einzelnen wieder eingeleuchtet haben, daß nur Einigkeit stark macht, und Einigkeit hat geherrscht bis zum letzten Augenblick, mit Ausnahme der drei oben Angeführten. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, dahin zu wirken, daß überhaupt jeder Kollege dem Verbanne zugeführt wird. Am Freitag, den 14., fanden nachmittags in Blaubeuren und abends in Ulm Steinarbeiterversammlungen statt, in welchen Kollege A. Staubinger referierte. Die Versammlungen waren sehr gut besucht, und dürften die Ausführungen des Referenten nicht ohne agitatorischen Wert sein.

Weßlar. Am 9. Juli fand im Lokal des Herrn Kirnse in Weßlar eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Herrmann-Frankfurt referierte über die Berufsgefahren der Steinarbeiter. Der Redner erntete am Schluß für seinen Vortrag reichen Beifall. Von den Kollegen des Marmorwerkes Dyderhoff u. Neumann waren trotz unserer Einladung nur einige erschienen. Dieselben hätten doch alle Ursache, dem Verbanne beizutreten, denn die Lohnverhältnisse dürften doch nicht glänzend genannt werden. Es wurde beschlossen, in nächster

Die Kirche und die Judenschlächtereien des Mittelalters.

(Schluß.)

Unter solchen Verhältnissen war das Geldleihen ein Risiko, welches sich der jüdische Bankier des Mittelalters hoch bezahlen ließ. Wenn der Christ in das Judenviertel schlich und Geld borgte, bekam er es auf wöchentliche Fristen, zu hohen Zinsen und drückenden Pfändern. Konnte er nicht rechtzeitig zurückgeben, dann wuchsen seine Schulden rapide an und eines Tages war er ruiniert. Aber die Juden nahmen ihre Wucherzinsen nicht nach eigenem Ermessen, sondern mit hoher obrigkeitlicher, kirchlicher und päpstlicher Bewilligung. Die kanonische Gesetzgebung verhinderte nicht nur nicht den Wucher, sie arbeitete ihm sogar noch in die Hände und nach allen Klüchten der Verdammungsformeln legitimierte sie ihn sogar durch ein Hinterpfortchen, so daß gerade unter ihrer Herrschaft der Wucher eine Ausdehnung annahm wie nie früher oder später. So muß der kirchliche Geschichtsschreiber Kasinger urteilen, in seiner dem Bischof von Passau gewidmeten gekrönten Preisschrift über die Geschichte der kirchlichen Armenpflege. Es ist eben unmöglich, die klaren Tatsachen zu verdunkeln. Erlaubte doch sogar Papst Innocenz VIII., in seiner 1491 an den Rat von Frankfurt a. M. gerichteten Bulle, daß die Juden „1 Heller und 1 Gulden für eine Woche fordern“ dürften, das ist also etwa 21 Prozent Zinsen! Die hohen Abgaben, welche die Juden an Fürsten und Kirche machen mußten, und die Unsicherheit des Geschäfts zwangen sie zu hohen Zinsen. Und die Kirche und die frommen Fürsten sahen die hohen Zinsen gerne. Je mehr der jüdische Geldleiher verdiente, je mehr konnte man ihn schröpfen. Man erpreßte aus den Juden immer höhere Schutzgelder und erlaubte ihnen, sie durch hohe Zinsen von Bürger und Bauer wieder hereinzuholen.

Mit jedem Schritt, um den die Entwicklung der Geldwirtschaft vorwärts kam, wurde dieser das kanonische Zinsverbot hinderlicher. Aber die Klerisei wollte sich nicht zu seiner Aufhebung verstehen. Es dünkte ihr gefährlich, vor allem Volke das kirchliche Dogma dem neuen Geiste der Zeit zu opfern. Denn kirchliches Gesetz war göttliches Gesetz und hatte ewigen Bestand. Dann aber sah die

Klerisei auch mit scheelen Augen die Neuordnung der Dinge. Die bisher unbekannt und in ihrer Tragweite unberechenbare Macht des rollenden Geldes zertrümmerte die ökonomische Alleinherrschaft der großen Grundbesitzerin, der Kirche. Deshalb hielt die Klerisei so lange es ihr irgend möglich war, am Zinsverbote fest.

Aber dem Handel war das Zinsverbot im Wege. Es trieb die Warenproduzenten, die Kunsthandwerker der schrecklichsten wucherischen von der Kirche geduldet und beförderten Ausbeutung in die Arme. Erkannte das Volk in der kanonischen Gesetzgebung gegen den Zins die Ursache des furchtbaren Druckes, dann mußte sich sein Grimm gegen die Kirche wenden. Deshalb waren die Pfaffen frühzeitig am Werke, die Aufmerksamkeit der Massen von der Hauptschuldigen, der Kirche, abzulenken. Das Mittel zum Zweck war der Antijemitismus, und die Robe der Unwissenheit des Mittelalters machten es wirksam.

War in einer Stadtbevölkerung die unklare Wut über die Verschuldung beim Juden am höchsten gestiegen, und beriefen sich die Juden laut darauf, daß ja Papst und Kaiser ihnen gestattet hätten, diesen Zins zu nehmen, dann schlichen die Mönche von Haus zu Haus oder sie standen auf der Kirchenkanzel und regten das Volk auf. Seit 1450 zog so in Deutschland auch der Franziskaner Capistrano umher. Und wie gut, wie christlich und verständig erschien in dieser Männer Munde das kirchliche Zinsverbot! Wie doppelt niederträchtig war ihm gegenüber der Wucher des Mose, des Ephraim und all der Juden im Judenviertel! Die Wut des Volkes stieg noch, wenn die fanatischen Mönche die Juden der Zauberei beschuldigten, der Gemeinschaft mit dem Teufel, des Ritualmordes, der Brunnenvergiftung. Die Umstände waren solchen Anschuldigungen günstig. Die Stadträte zwangen die Juden, in der Judengasse abgesehen zu wohnen. Das war der schmutzigste, grausigste Winkel der finsternen Stadt. Verließ der Jude die Gasse, so mußte er durch besondere Kleidung, zumindest durch den Judenhut gekennzeichnet sein. Trug eine verheerende Seuche ihren Keim in die Stadt, so fand sie ganz natürlich in dem Schmutz der Judengasse zuerst ihre Nahrung. Von der Judengasse drang die Seuche dann weiter, und was Wunder, wenn in blinder Wut das Volk die Juden jetzt beschuldigte, aus Christenheit die Stadt verseucht zu haben. In-

mittlen all des Hasses, der Verachtung, der erzwungenen Abgeschlossenheit, hingen die Juden desto enger zusammen. Das gab ihnen wiederum einen geheimnisvoll-sektenhaften Charakter und erhöhte die allgemeine Abneigung.

Wenn nun die Mönche hetzten, grollte der Volkszorn nach der Judengasse hinüber. Wenn man den jüdischen Geldleiher einfach totschlug, war man aller Schulden ledig! Und der Totschlag war eine um so geringere Sünde, wenn man das Geld des Juden — der Kirche gab. So tobten dann die Volksheulen durch die Judengasse, schlugen die Juden tot, plünderten ihre Häuser und brannten sie nieder. Aus einzelnen Städten überbringen uns die Chroniken noch sichere Kunde der scheußlichen Judenmassakers. „In Basel“, erzählt der Chronist Wurfisen, „wurden die Juden nach der Weihnacht des Jahres 1348 in ein hölzernes Häuslein zusammen gestoßen und jämmerlich im Rauch erstickt.“ In Freiburg i. B. 1349 „am dem nächsten Freitag vor unserer Frauen Tag der Lichtmesse, da wurden alle die Juden, die zu Friburg in der Stadt waren, verbrannt, auch Kinder und tragend Frauen“. Von der Judenverfolgung in Schaffhausen 1401 wird u. a. erzählt, drei Juden waren so gefoltert worden, daß man sie „auf dem Karren nach dem Scheiterhaufen fahren mußte und man hatte ihnen die Waden an den Beinen aufgeschnitten und ihnen heißes Pech darin gegossen und wiederum zugeheilt und dann wieder aufgeschnitten und dazu hant sie ihnen die Sohlen unten angebrannt, daß man wohl das bloße Bein hätte gesehen und sie wären nit verbunden gein, und daß der Gemarterten einer redt: ich weiß nit, was ich verjehen (hekannt) han, denn bei der Marter hätt ich gesprochen, daß Gott nicht Gott“. In Eßlingen versammelten sich angeführte des Bedrohlichen, die ganze Judenschaft in der Synagoge, zündete dieselbe an und starb freiwillig in den Flammen. Ebenso in Speier und Worms. In Erfurt schlossen sich die Juden in ihrer Gasse ein, steckten sämtliche Häuser in Brand und erlitten so, an 6000 Menschen jeden Alters und Geschlechts, den Tod.

Mit Blut und Tränen bezahlten die Juden die Folgen des kirchlichen Zinsverbots. Aber die ökonomischen Verhältnisse zeigten sich machtvoller als die blutigen Judenschlächtereien der Kirche. Raum vertrieben, mußten die Juden wieder aufnehmen, weil man den Geldleiher nötig hatte.

Zeit nochmals eine Versammlung einzuuberufen, zu welcher die Kollegen des obengenannten Werkes abermals eingeladen werden sollen. Wir werden alles daran setzen, um in Reparatur unserm Verbande volle Geltung verschaffen zu können.

Unsere Statistik.

II.

Sehr oft müßten unsere Kollegen das Gewerbegericht in Anspruch nehmen, um den vereinbarten Lohn ausbezahlt zu erhalten; es waren 33 Fälle: Wie oft werden dagegen überhaupt keine Klagen eingereicht worden sein, um den ausbedungenen Lohn zu erhalten. Unsere Kollegen, besonders in den Steinbruchgebieten, denken ja häufig, auf eine gewerbegerichtliche Austragung es überhaupt nicht ankommen lassen zu sollen, weil die Scherereien zu groß sind. Durch eine solche Richtigkeit werden die Unternehmer in dem Gebieten bestärkt, manchmal nach Belieben die Löhne zu reduzieren.

Recht groß sind die Schwankungen bei den Stundenlöhnen. So gibt es an einigen Orten oft 10 Lohnklassen, es ist deshalb auch begreiflich, wenn die Kollegen danach streben, überall Minimallöhne durchzusetzen. Was in so vielen Orten Norddeutschlands möglich ist, muß auch im Süden sich durchführen lassen. Man erstaunt, wenn es in München z. B. noch Unternehmer gibt, welche den Steinmehl-Lohnsätze von 42, 43 Pfg. usw. gewähren. Daß einem solchen unmürdigen System der Krieg erklärt werden muß, ist selbstredend.

Nun zur Arbeitslosigkeit; dieselbe war im Berichtsjahre beinahe wieder so groß als 1903. Hierüber erstrecken sich die Angaben auf 100 Zahlstellen, in welchen sich 3650 Mann an unseren Erhebungen beteiligten. Von diesen waren 1928 Mann gleich 52,8 Proz. arbeitslos und, soweit Angaben hierüber gemacht waren, in ca. 3342 Fällen.

Arbeitslos waren:

von 2278 Sandsteinmehl	1593	Mann = 69,9 Proz.
„ 804 Granit- und Marmorhauern . . .	210	„ = 26,1 „
„ 311 Schleifern	95	„ = 30,5 „
„ 172 Brechern	16	„ = 9,3 „
„ 85 Pflastersteinarbeitern	14	„ = 16,5 „

Ueber die Folgen der großen Arbeitslosigkeit bemerkt die Statistik folgendes:

„Diese Zahlen dokumentieren, daß den Steinarbeitern das gräßliche Gespenst der Arbeitslosigkeit immer vor-schwebt, besonders in den Städten. Die Herstellung der Steinmehrarbeiten wird immer mehr nach den Brücken verlegt und auch dort ist die Konjunktur eine recht schwankende, so daß das Aussehen nicht seltenes ist. Durch die herrschende Arbeitslosigkeit werden naturgemäß die Löhne in unerhörter Weise seitens der Unternehmer herabgedrückt und das minimale Einkommen unserer Berufskollegen wird noch mehr geschnitten. Daß die schlechten Erwerb-verhältnisse, verbunden mit einem recht minimalen Einkommen, das immer größere Umsichgreifen der Berufs-frankheit begünstigen, ist klar. Allerdings kann eine Organisation gegen diese wirtschaftliche Misere der „Arbeitslosigkeit“ nicht ankämpfen. Die traurigen Folgen der Arbeitslosigkeit aber könnten allerdings bis zu einem gewissen Grad gemildert werden durch eine eventuell eingeführte Arbeitslosenunterstützung. Ja, arbeitslos zu sein ist für den einzelnen eine schwere Bedrückung, bisher fand aber noch keine Regierung Veranlassung, auch nur das geringste gegen die Beseitigung, oder sagen wir für die Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit etwas zu tun. Es gibt wohl nur wenige Berufe, die so von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, wie wir im unsrigen. Schon dieser Zustand müßte insbesondere die Indifferenten ver-anlassen, darauf bedacht zu sein, durch Zugehörigkeit zum Verbande ihren Teil mit beizutragen, daß die Löhne nicht systematisch gesenkt, sondern eine stete Steigerung er-fahren müßten. Durch die vorhandene schlechte Arbeits-gelegenheit müssen Hunderte von Berufskollegen oft wochen- und monatlang auf den Landstraßen „Arbeit“ suchend herumirren; denn Arbeit zu finden ist oft nur nach längerer Wanderung möglich. Hauptsächlich im Winter, wo in der Sandsteinbranche die Arbeitslosigkeit am größten ist, ist so mancher Familienvater gezwungen, von seiner Familie Abschied zu nehmen und mitunter weit-entfernte Steinbruchgebiete aufzusuchen, um nur seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. In welcher erbärm-lichen und bedrückender Lage sich die Familienangehörigen befinden, wenn der Ernährer aufs Geratewohl im Winter zum Wanderstabe greifen muß, brauchen wir unseren Berufskollegen, die diese Erfahrungen schon so oft am eignen Leibe verspüren mußten, nicht erst noch zu schildern. Weiter kommt noch hinzu, daß die Unternehmer, weil die Nach-frage nach Arbeit das Angebot immer übersteigt, nicht nur, wie schon angedeutet, die Löhne kürzen, sondern auch den Steinarbeiter in der gräßlichsten Weise behandeln und schikanieren. Nur die ihm am besten zuzugenden Arbeits-kräfte werden eingestellt, um aber bei nächster Gelegenheit, vielleicht nach Wochen schon wieder, wie dieses insbesondere in dem schlesischen Distrikt der Fall ist, entlassen zu werden. Und so geht der Wechsel immer von neuem fort, dadurch schafft sich der Unternehmer die sogenannten — unbot-mäßigen Leute, weil sie für eine tarifmäßige Entlohnung und anständige Behandlung eintreten, wieder vom Halbe. Ein Teil unter den Berufskollegen kennt überhaupt keine andere Parole als die, entweder 4—6 Wochen auf dem Werkplatz beschäftigt zu sein, dann wochenlang auf der Landstraße herumirren, dann glücklich vielleicht wieder eine Arbeitsgelegenheit zu erhalten, um nach etlichen Wochen wieder wegen Arbeitsmangels entlassen zu werden. Welches Gefühl des Hasses und der Bitterkeit muß sich bei den Arbeitern unter diesen erbärmlichen wirtschaftlichen Zuständen gegenüber den herrschenden Klassen bemerkbar machen, wenn letztere in den glänzendsten Verhältnissen ganz sorglos in Saus und Braus leben, erstere aber nur unter den größten und bewunderungswürdigen Ent-behrungen ihr Dasein elendiglich fristen können.

Daß unter dieser Erscheinung der immer wiederkehren-den Arbeitslosigkeit die Lebenshaltung der Steinarbeiter immer ungünstiger beeinflusst wird, kann wohl kein vernünftiger Mensch leugnen. Wer da vielleicht glaubt, daß durch die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit bei einem Teil der Steinarbeiter die Berufsfrankheit bedeutend reduziert werden könnte, irrt sich.

Trotz der verteuerten Lebensmittelpreise, trotz der immer höher steigenden Mieten und der immer größer werdenden Steuerlast gegenüber dem Staate, sind in

unserem Berufe die Löhne teilweise nur recht minimal, teilweise überhaupt nicht gestiegen, sondern in einigen Fällen sogar reduziert worden. Die Lebenshaltung wird immer kostspieliger, die jährliche Lohnsumme dagegen hat meistens die Tendenz zum Sinken gegenüber dem Vor-jahre und als Resultat ergibt sich, daß sich die Kollegen überall, hauptsächlich in der Lebenshaltung einschränken müssen, was zur weiteren Folge haben wird, daß der von der Lehrzeit her schon stark angegriffene Körper immer widerstandsloser wird und das stetige Vormarschreiten der Tuberkulose eminent begünstigt.

Das sind die natürlichen Folgen der Arbeitslosigkeit im Berufe der Steinarbeiter.

Auf die Krankheitsziffer wollen wir in diesem Artikel nicht eingehen, wir tun dieses später in einem besonderen Artikel. Wir empfehlen nur dringendst, die herausgegebene Statistik eingehendst zu studieren und die Ziffern auch agi-tatorisch auszunutzen. Am Schluß sei noch eins erwähnt: Es wird vielleicht gut sein, auf dem nächsten Verbandstag den Antrag einzubringen, daß die Orte, die die Statistik nicht einliefern, einen Anspruch auf Streifenunterstützung nicht haben; an einer Begründung dieses so selbstverständlichen Antrages wird es nicht fehlen. Kollegen, folgt dem Mahnruf des Statistikers und seid in Zukunft mit der Ausfüllung der Statistiken recht peinlich.

Rundschau.

Das Mittelpreisverfahren bei Submissionen macht nicht die Fortschritte, die ihm bei seinem Auftauchen pro-phezeit wurden. Dieses Mittelpreisverfahren ist eine Er-findung des Mannheimer Stadtrats Barber. Wir können seinen Inhalt am einfachsten und kürzesten an einem Bei-spiel demonstrieren. Auf eine zu vergebende Arbeit werden folgende Angebote gemacht: A. mit 1000 Mk., B. mit 800, C. mit 700, D. mit 600, E. mit 550, F. mit 400 Mk. Die Summe sämtlicher Angebote ist also 4050 Mk. Diese durch die Zahl der Submittenten geteilt: 4050 : 6 = 675 Mk. Der Mittelpreis beträgt also 675 Mk. Den Zuschlag würde der nach unten hin nächstliegende Submittent, also der mit 600 Mk., erhalten. Dieses Verfahren hat auf den ersten Blick viel Besehendes, aber man ist doch überall davon zurückgekommen. In Mannheim, wo es eingeführt war, wurde es schon nach zwei Jahren wieder aufgehoben, weil die Stadt viel zu teuer dabei wegkam. Und im preussischen Abgeordnetenhaus, wo diese Materie am 2. März vorigen Jahres verhandelt wurde, hat es auch nicht einen Verteidiger gefunden. Die Bedenken gegen dieses Verfahren sind kurz folgende: Die Zufälligkeiten bei den Bedingungenangeboten sind so große, daß der Mittelpreis nur in den seltensten Fällen der wirklich richtige Preis ist, und es wäre die höchste Ungerechtigkeit, daß Submittenten übergangen werden müßten, die mit den höchsten oder auch mit den niedrigsten Angeboten am richtigsten gerechnet haben. Ferner liegt die Gefahr der Ringbildung vor. In einem bestimmten Ge-werbebezweige kann sich eine größere Anzahl von Ringgenossen: über eine gewisse Grenze des Angebots verständigen, und einer von ihnen muß dann immer den Zuschlag erhalten, da die Summe ihrer Angebote den Mittelpreis dominiert.

Ein anderes Verfahren ist in Württemberg staatlicher-seits eingeführt. Die vom 19. Januar 1903 datierte Be-stimmung lautet: „Ausgeschlossen von der Berücksichtigung sind solche Angebote, welche eine in offenbarem Mißverhältnis zu der Arbeit oder Lieferung stehende Preisforderung enthalten, so daß nach den geforderten Preisen eine tüchtige Ausführung nicht erwartet werden kann.“ Die Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses, die sich mit dieser Materie in diesem Jahre beschäftigt hat, ist noch einen Schritt weiter gegangen. Sie hat als Normen für die Zu-schlagserteilung folgende Sätze aufgestellt: „Ausgeschlossen von der Berücksichtigung sollen Angebote sein, die eine in offenbarem Mißverhältnis zu der Leistung oder Lieferung stehende Preisforderung enthalten. . . Im übrigen ist bei öffentlichen Ausschreibungen der Zuschlag demjenigen der drei hiernach als Mindestfordernde in Betracht kommenden Bewerber zu erteilen, dessen Angebot, unter Berücksich-tigung aller in Betracht kommenden Umstände, als das an-nehmbarste zu erachten ist.“ Ihre Sanktion im Plenum haben diese Beschlüsse noch nicht erhalten. Es ist aber kein Zweifel, daß sie, wenn nicht in diesem, so doch im nächsten Jahre zur Annahme gelangen werden.

Immerhin geht daraus hervor, daß im Interesse des Unternehmertums fortgesetzt am Submissionswesen herum-gemodelt wird. Daß sich aber eine Behörde dazu herbei-lasse, die Lohnklausel einzuführen, erfährt man nicht. Da-mit würde indessen erst eine Grundlage gewonnen sein, welche als der erste Schritt zur wirksamen Beseitigung der Auswüchse des Submissionswesens gelten konnte. Aber verlange man in Deutschland, dem Reiche der „Sozial-reform“, ernste Reformen!

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Annaberg. Die Kollegen Anton Ronn, Artur Gaudel, Hermann Kleinen, Max Fischer und Rudolf Kunz sind aus dem Verband ausgestiegen.

Greiz i. Vogtl. Die Vertrauensleute allerorts werden er-sucht, dem Steinmehl Ernst Preuß, geb. den 30. Dezember 1879 zu Greiz, kein neues Buch auszustellen, da er beim Unterzeich-neten sein Buch per Nachnahme verlangte und als es geschickt wurde, die Annahme verweigerte.

Mag Spangenberg, Vorsitzender.
Schweiz. Der von Strazburg nach Basel gereiste Stein-mehl Braun aus Thurgau ist aus dem schweizerischen Verband ausgeschlossen wegen grober Verstöße gegen die Verbands-interessen.

Adressen-Änderungen.

Landau. Vorsitzender: Johann Schorr, Reiterstraße 8.
Konstanz. Vorsitzender: Robert Keffe, Rastatterer: Karl Staudinger, Johannastraße 10.

Ashaffenburg. Vorsitzender: Nikolaus Schlotter, Treib-gasse 96. Kassierer: Joseph Böller, Schreibergasse 13.
Weg. Kassierer: Joseph Kuhn, Coislustraße 1, III.
Altenburg. Kassierer und Vorsitzender: Artur Ehrbe, Nikolaikirchhof 52.

Kiefernfelden. Vorsitzender: Martin Ziegner.
Fechenbach a. M. Vorsitzender: Joseph Klingensied.
Sadisch. Vorsitzender: Hermann Schmidt, Sadisch-Rudowa Bad. Kassierer: Ignaz Hader, Sadisch-Rudowa Bad.
Hamburg I. Kassierer: Otto Haack, Postelmannsweg 56, Hof 2, I.

Leipzig. Kassierer: Joseph Lerch, Magmannstraße 11, III.
Ludwigshafen II (neue Zahlstelle, X. Gau). Vorsitzender: Adam Keller, Rundenheimer Straße 255. Kassierer: Friedr. Frey, Marktstraße 64.

Erier (neue Zahlstelle). Vorsitzender: Matthias Oster-mann, Maarstraße 108. Kassierer, Michael Schmidt, Weilerweg 8.

Ueberlingen. Vorsitzender: Joseph Bianchi. Kassierer: Karl Moritz.

Berned. Kassierer: Johann Ströffenreuther, Bahn-hofstraße 186.

Rothenburg o. T. Vorsitzender: Wilhelm Weber, Par-tershöfen. Kassierer: Anton Lehmann, Partershöfen.

Stettin. Vorsitzender: Franz Reichardt, Sulfanstraße 38. Kassierer: Franz Schellein, Philippstraße 7.

Wellerode. Vorsitzender und Kassierer: Karl Eberwein.

Ober-Wörlin. Vorsitzender: Anton Hofmann. Kassierer: Peter Burtl.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 10. bis mit 15. Juli 1905.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Bei-tragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertenfeuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farb-tischen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Neundorf I, B. 138,80; Lössau, B. 128.—; Görlich, B. 73,60; Altenburg, B. 64.—; Fechenbach, B. 56.—; Gießen, B. 7,20; Stabe, B. 7,40; Obermendig, B. 4,15; Schwerin, B. 3,90; Marienburg, B. 3,20; Stodach, B. 3.—; Leischin, B. 2,80; Waagen, B. 70.—; Leipzig (Morgner), B. 0,90; Pilgramsreut, B. 176,40, E. 1.—, D. 13,75, Z. 27.—; Sächlich, B. 157,92, E. 3.—, D. 9,75, Z. 21.—, Dürthelm, B. 140.—, E. 10.—, D. 7,50, Z. 10.—; Ohlsdorf, B. 90,56, D. 1,50, Z. 19,50; Dönanbrück, B. 48.—, D. 8,50, Z. 16.—; Berlin I, ? 59,10; Berbersdorf, B. 44,28, E. 12.—; Oberkirch, B. 26,54, E. 6,50, Z. 15,50, D. 6,75; Wittenberg, B. 39,20, E. 1.—, D. 4,50, Z. 7,50; Ludwigshafen, B. 18,36, E. 14,50, D. 1,25, Z. 16,50; Wilmars, B. 25,92, D. 0,75, St. 1,50, F. 0,50, H. 6,50, Z. 1,50; Oberbillingshausen, B. 12,42, E. 5.—; Reiffenhäusen, B. 4,80; Mansfeld, B. 6,05; Genthin, B. 4,45; Bamberg, B. 5,60, E. 8.—; Ashaffenburg, B. 4,80; Sultrup (Münster), B. 1,20, E. 1,50; Marienburg, B. 2.—; Burg, B. 1,40; Leipzig, B. 7,55; Gütersloh, B. 1,90; Hilseshelm, B. 46,80; Weg, B. 128.—, Ins. 1,50; Schmal-falben, B. 56.—, E. 2.—, D. 5.—, Z. 10.—; Göttingen, B. 56.—; Landau, B. 42.—, D. 5.—, Z. 8,50; Falkenberg, B. 4.—; Habers-leben, B. 2,80; Berlin II, B. 320.—, Ins. 4,30; Osterwald, B. 140.—, D. 7,50, Z. 40.—, Ins. 1,40; Augsburg, B. 78,20, D. 10.—, E. 2,50, Z. 25.—; Wunsiedel, B. 84.—, E. 5.—, D. 5,50, Z. 14,50, Ins. 1,50; Sadisch, B. 56.—, E. 0,50, D. 2,50, Ers. 0,25; Göschl a. M., B. 24.—, E. 2.—; Kaiserslautern, E. 17,50, Ins. 2,80; Palmbach, B. 24,76, E. 0,50; Mansfeld, B. 5,60; Frankfurt a. M., B. 4.—; Fürstenwalde, B. 3,40; Guffow, B. 1.—; Pörsendorf, 3. Qu. 0,05, Ab. —,95; Augsburg, B. 10,80; Leipzig I, B. 137,08, E. 10.—, D. 10.—, Z. 25.—; Pirna, B. 256.—, E. 7.—, Ers. 0,25, D. 34,75, Z. 70.—; Hilseshelm, B. 37,20, E. 5.—, D. 10.—, Z. 20.—, St. 0,75, Ins. 1,30; Göppingen, B. 56.—; Lauenburg, B. 34,16, D. 2,50, Z. 5,50; Kolmar, B. 32.—; Rappel-robeck, B. 23,68, E. 0,50, Z. 0,50, D. 0,50; Krefeld, B. 17,50; Jena, B. 4,64, D. 1.—, Z. 0,50, H. 2,50, G. 1,50; Sels, Ins. 2,90; Genthin, B. 1,80; Radolfsell, Ins. 1,20; Stabilm, Ab. 3 Qu. 1905 0,90; Jauer, B. 9,35; Striegau, B. 2,40; Lübed, B. 18.—; Ludwigshafen II, B. 6,40, E. 11.—; Ktel, B. 64.—; Kirckheim, B. 62,44, D. 3.—, Z. 9,50; Obernhäusen, B. 24,60, E. 3.—, D. 2,25.

Ludwig Geist, Kassierer.

Berichtigung. In der vorigen Quittung gehört unter Gebirgsfeld noch 1.20 für Abonnement, in Summa also 41.45 Mk.

Anzeigen.

10 bis 12 tüchtige Steinmehl

auf Kalksteinarbeit finden dauernde Beschäftigung.

Freyburger Kalksteinwerk

Emil Rottig

Freyburg a. d. Unstrut.

Zwei tüchtige Steinbrecher

bei gutem Akkord oder Stundenlohn sucht

—80] **Fritz Riedel, Pilgramsdorf (Schlesien).**

Todes-Anzeige.

Am 5. Juli verschied unser Kollege

Wolfgang Puchta

im Alter von 66 Jahren an der Lungentzündung.

Leicht sei ihm die Erde!

1.10] Die Zahlstelle Schwarzendach a. S.

Am 11. Juli starb unser Kollege

Joseph Schlegel

im Alter von 24 Jahren. Derselbe wurde von einem

Zug überfahren.

Im seinem Andenken!

1.20] Zahlstelle Mittelsteine.

Am 30. Mai starb unser Kollege

Anton Broder

im Alter von 53 Jahren an einer Brustkrankheit.

Am 8. Juni starb unser Kollege

Michael Petschar

im Alter von 59 Jahren ebenfalls an einer Brust-

krankheit.

Ehre ihrem Andenken!

1.70] Zahlstelle Strazburg i. Gl.

Am 16. Juli starb eines unserer ältesten Ver-bandsmitglieder, der Steinmehl

Julius Hendreich

im Alter von 61 Jahren 6 Monaten an der Berufs-

krankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

1.20] Zahlstelle Leipzig I.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.

Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.